

RAINER SCHULZE

## „DER FÜHRER RUFT!“ ZUR RÜCKHOLUNG DER VOLKSDEUTSCHEN AUS DEM OSTEN

### Deutschstämmige Minderheiten in Europa

Seit dem Mittelalter hatten Menschen, die man im weitesten Sinne als deutschstämmig bezeichnen kann, in verschiedenen Wellen einzeln und in Gruppen ihre ursprünglichen Siedlungsgebiete aus politischen, wirtschaftlichen oder religiösen Gründen verlassen und waren auf der Suche nach einem besseren Leben in andere Teile der Welt gewandert, sehr viele von ihnen ins östliche und südöstliche Europa.<sup>1</sup> Über viele Generationen lebten sie in ihren neuen Heimatländern mit den übrigen Bevölkerungsgruppen in den unterschiedlichsten Formen von gegenseitiger Anpassung und Assimilierung. Die Probleme und Spannungen, die zwischen ihnen auftraten, waren in erster Linie wirtschaftlicher oder sozialer und weniger ethnischer Natur. Erst der im 19. Jahrhundert aufkommende Nationalismus, der im mittleren und östlichen Europa vornehmlich ethnisch geprägt war, änderte dies. Trotzdem hielten die alten Loyalitäten noch bis in den Ersten Weltkrieg hinein, und Deutsche kämpften und starben in den Armeen ihrer jeweiligen Herrscher und Länder.

Im Gefolge der Friedensschlüsse nach dem Ersten Weltkrieg zerbarst die bereits brüchig gewordene ethnische Koexistenz dann allerdings. Insgesamt rund 10 Millionen Menschen fühlten sich aufgrund ihrer Sprache und Kultur als Deutsche, besaßen aber keine deutsche Staatsbürgerschaft und lebten als deutsche Minderheiten außerhalb des Deutschen Reichs, Österreichs und der Schweiz, der weitaus größte Teil von ihnen in den neu geschaffenen Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Während die deutschen Bevölkerungsgruppen in den Vielvölkerstaaten Österreich-Ungarn und Russland noch gewisse Privilegien genossen hatten, fanden sie sich nunmehr plötzlich in der Position einer häufig misstrauisch beäugten,

---

<sup>1</sup> Zum folgenden: Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, hg. v. KLAUS J. BADE, Teil 1, München 1992.

zum Teil auch angefeindeten Minorität. Zwar mussten alle Staaten die persönlichen, politischen und religiösen Freiheiten ihrer ethnischen Minderheiten in ihren Verfassungen garantieren und die Einhaltung wurde nominell vom Völkerbund überwacht, aber der Minderheitenschutz wurde mehr und mehr ausgehöhlt, insbesondere als die wirtschaftlichen Probleme in diesen Staaten zunahmen. Die deutschen Minderheiten reagierten auf die, wie sie es empfanden, ungerechte und diskriminierende Behandlung mit Angst, Verbitterung, aber auch vermehrt mit Nicht-Kooperation mit den staatlichen Behörden. Bei den betroffenen Staaten wuchsen entsprechend Zweifel an der grundsätzlichen Loyalität ihrer deutschstämmigen Staatsbürger.

Gleichzeitig wurden die deutschen Minderheiten für das Deutsche Reich ein zunehmend wichtiger Faktor in den (geo-)politischen Auseinandersetzungen. Dies hatte bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert begonnen, wurde aber erst nach 1919/20 mehrheitsfähig, da die Klagen der deutschen Minderheiten über ihre Behandlung dazu genutzt werden konnten, die Forderung nach Revision der im Versailler Vertrag festgelegten Grenzen zu unterstützen. Dies zeigt sich bereits in einer Änderung der Begrifflichkeit, als auch offiziell mehr und mehr von deutschen Volksgruppen statt von deutschen Minderheiten gesprochen wurde. Damit einher ging eine Verschiebung von den *Rechtsansprüchen* des Individuums hin zu den *Schutzansprüchen* einer ganzen Bevölkerungsgruppe im Ausland. Die sogenannte Volkstumsforschung erlebte in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts einen ungeheuren Aufschwung, und ihre Arbeiten zur Identifizierung historischer deutscher Kulturlandschaften und Siedlungsräume wurden genutzt, um Forderungen nach Grenzrevisionen eine quasi-wissenschaftliche Legitimation zu geben. Eine bedeutende Rolle bei dieser „Politikberatung“ kamen hierbei neu eingerichteten eigenständigen Forschungseinrichtungen zu, so der Leipziger Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung und später dann den verschiedenen Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften<sup>2</sup>, die vielfach der nationalsozialistischen Um-

---

<sup>2</sup> Dazu MICHAEL FAHLBUSCH, „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!“ Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920–1933, Bochum 1994 (= Abhandlungen zur Geschichte der Geowissenschaften und Religion-Umwelt-Forschung. Beiheft, 6); MICHAEL FAHLBUSCH, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945, Baden-Baden 1999; INGO HAAR, Historiker im Nationalsozialismus. Die deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 143).

siedlungs- und Vernichtungspolitik den Weg bereiteten und darüber zum Teil sogar zu „Vordenkern der Vernichtung“ wurden.<sup>3</sup>

Während sich in der Weimarer Zeit die Wahrnehmung der sogenannten „Schutzfunktion“ für die deutschen Volksgruppen noch im wesentlichen auf materielle Unterstützung für die deutschen Schulen, die deutschsprachige Presse und die deutsche Kulturarbeit allgemein beschränkte, verfochten die Nationalsozialisten ganz offen eine europäische Neuordnung auf völkischer Grundlage. Die außerhalb der deutschen Grenzen lebenden deutschstämmigen Bevölkerungsgruppen spielten hierbei eine wichtige Rolle.<sup>4</sup> Nach der Machtergreifung setzte die neue nationalsozialistische Regierung die Politik der Weimarer Zeit gegenüber den deutschen Minderheiten trotzdem zunächst im wesentlichen fort. Erst ab Mitte der dreißiger Jahre wurde ein Wechsel hin zu einer auf die ethnische Neuordnung Europas ausgerichteten Politik sichtbar. Die 1936 eingerichtete Volksdeutsche Mittelstelle sollte einerseits die Politik gegenüber den deutschen Minderheiten im Ausland koordinieren und ihr eine einheitliche Ausrichtung geben, andererseits die deutschen Minderheiten beeinflussen und ihre Organisationen gleichschalten.<sup>5</sup> 1938 wurde auch die Terminologie neu geordnet und offiziell der Begriff „Volksdeutsche“ für die Menschen eingeführt, „die in Sprache und

---

<sup>3</sup> Dazu ausführlicher u.a. MICHAEL BURLEIGH, *Germany turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988; WILLI OBERKROME, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*, Göttingen 1993 (= *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, 101); Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, hg. v. WINFRIED SCHULZE u. OTTO GERHARD OEXLE, Frankfurt/M. 1999; ANGELIKA EBBINGHAUS/KARL HEINZ ROTH, *Vorläufer des „Generalplans Ost“*. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 7 (1992), S. 62–94; GÖTZ ALY, „Daß uns Blut zu Gold werde“. Theodor Schieder, Propagandist des Dritten Reiches, in: *Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* 9 (1998), S. 13–27. Formulierung nach GÖTZ ALY/SUSANNE HEIM, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt/M. 1993.

<sup>4</sup> Hierzu und zum folgenden ROBERT L. KOEHL, *RKFDV. German Resettlement and Population Policy 1939–1945. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germandom*, Cambridge/Mass. 1957 (= *Harvard Historical Monographs*, 31), S. 34–49; VALDIS O. LUMANS, *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe, 1933–1945*, Chapel Hill/N.C., London 1993, S. 21–30 u. S. 73–130; ANTHONY KOMJATHY/REBECCA STOCKWELL, *German Minorities and the Third Reich. Ethnic Germans of East Central Europe between the Wars*, New York, London 1980, insbesondere S. 1–15.

<sup>5</sup> LUMANS (wie Anm. 4), insbesondere S. 62–72; dazu auch HANS VON RIMSCHA, *Zur Gleichschaltung der deutschen Volksgruppen durch das Dritte Reich. Am Beispiel der deutschbaltischen Volksgruppe in Lettland*, in: *Historische Zeitschrift* 182 (1956), S. 29–63. Eine sehr frühe Analyse: C. LEONARD LUNDIN, *Nazification of Baltic German Minorities. A Contribution to the Study of the Diplomacy of 1939*, in: *Journal of Central European Affairs* 7 (1947), S. 1–28.

Kultur deutschen Stammes sind, nicht aber als Bürger zum Deutschen Reich gehören.“<sup>6</sup>

Das Münchener Abkommen vom September 1938 bedeutete de facto eine internationale Anerkennung des Schutzrechtes des „Mutterlandes“ für seine Volksangehörigen im Ausland. Es enthielt außerdem einen Passus, der einen Bevölkerungsaustausch zwischen dem von Deutschland annexierten Sudetenland und der Rest-Tschechoslowakei vorsah. Dieser Austausch wurde allerdings nicht durchgeführt, da es der NS-Regierung für ihre außenpolitischen Zwecke günstiger erschien, dass eine deutschstämmige Minderheit in dem Rumpfstaat verblieb.<sup>7</sup> Um die Allianz mit Italien zu festigen, sah sich Hitler jedoch 1938 gezwungen, Mussolinis Forderung nach einer Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus Südtirol zuzustimmen. Erste Verhandlungen darüber begannen bereits nach dem Anschluss Österreichs, aber ein entsprechender Vertrag wurde erst am 21. Oktober 1939 unterzeichnet, und die Umsetzung ging nur sehr schleppend voran. Bis zum Sturz Mussolinis und der Besetzung Nord-Italiens durch deutsche Truppen waren lediglich 80.000 Menschen, etwa ein Drittel der deutschstämmigen Bevölkerung Südtirols, nach Großdeutschland umgesiedelt worden.<sup>8</sup>

Erst mit der Besetzung Polens kam es zur Herausbildung einer systematischen Politik einer umfassenden Zwangsumsiedlung deutscher Bevölkerungsgruppen außerhalb der deutschen Interessensphäre, wie sie im geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 festgelegt worden war. In einem vertraulichen Protokoll vom 28. September 1939, Teil des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages, einigten sich die beiden Staaten prinzipiell darauf, dass die deutschstämmige Bevölkerung aus den Gebieten der sowjetischen Interessensphäre in Gebiete umgesiedelt werden sollte, die von den Deutschen kontrolliert wurden. Am 6. Oktober 1939 kündigte Hitler in einer Reichstagsrede die

---

<sup>6</sup> Verordnung des Ministers und Leiters des Kanzleramtes, Dr. H. Lammers, vom 25. Januar 1938, zitiert in MEIR BUCHSWEILER, Volksdeutsche in der Ukraine am Vorabend und Beginn des Zweiten Weltkriegs – ein Fall doppelter Loyalität?, Gerlingen 1984 (= Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv, 7), S. 86. Dazu auch DORIS L. BERGEN, The Nazi Concept of „Volksdeutsche“ and the Exacerbation of Anti-Semitism in Eastern Europe 1939–45, in: Journal of Contemporary History 29 (1994), S. 596–582. – Deutsche Staatsbürger, die außerhalb der deutschen Reichsgrenzen lebten, wurden als Auslandsdeutsche, diejenigen, die innerhalb des Deutschen Reiches lebten, als Reichsdeutsche bezeichnet.

<sup>7</sup> KOEHL (wie Anm. 4) S. 40–41.

<sup>8</sup> Ausführlicher dazu CONRAD F. LATOUR, Südtirol und die Achse Berlin–Rom 1938–1945, Stuttgart 1962 (= Schriftenreihe der Viertelsjahrshefte für Zeitgeschichte, 5) oder KARL STUHLPFARRER, Umsiedlung Südtirol 1939–1940, Wien, München 1985.

geplante Umsiedlung an. Nach der Zerschlagung des polnischen Staates nannte er als die wichtigste Aufgabe „eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt, eine Umsiedlung der Nationalitäten, so daß sich am Abschluß der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist.“<sup>9</sup> Dass dies auch Umsiedlungen von deutschen Bevölkerungsgruppen miteinschloss, wurde deutlich aus dem Zusatz, dass der Osten und Südosten Europas „zum Teil mit nicht haltbaren Splittern des deutschen Volkstums gefüllt“ sei – unklar ließ Hitler allerdings noch, welche deutschen Bevölkerungsgruppen dies betreffen würde. Einen Tag nach seiner Reichstagsrede übertrug Hitler die Verantwortung für die „Zurückführung der für die endgültige Heimkehr in das Reich in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland“ per Führererlass dem Reichsführer der SS, Heinrich Himmler. Damit verbunden waren Vollmachten zur „Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung“ sowie zur „Ausschaltung des schädigenden Einflusses von solchen volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten“.<sup>10</sup> Himmler verlieh sich daraufhin den (zusätzlichen) Titel eines Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums und richtete ein entsprechendes Reichskommissariat zur Planung und Koordinierung der Umsiedlungsprogramme ein.<sup>11</sup>

Anfangs war diese Politik der „ethnischen Flurbereinigung“ vor allem auf das besetzte Polen bezogen und hier insbesondere auf die westlichen Regionen, die am 8. Oktober 1939 offiziell annektiert und als neue Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland Teil des Großdeutschen Reichs wurden. Um das Deutschtum in diesen Gebieten zu stärken und zu konsolidieren und sie „deutsch für die Ewigkeit“ zu machen, sollte hier die große Mehrzahl der Volksdeutschen angesiedelt werden.<sup>12</sup> Bevor dies jedoch möglich war, mussten diese Gebiete erst noch von ihren rund 8 Millionen polnischen Bewohnern (von denen etwa eine halbe Million Juden waren)

---

<sup>9</sup> Zitiert in GÖTZ ALY, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995, S. 36 f. (auch das folgende Zitat).

<sup>10</sup> Erlaß des Führers und Reichskanzlers zur Festigung deutschen Volkstums, 7. Oktober 1939, in: „Führer-Erlasse“ 1939–1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilten Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, hg. v. MANFRED MOLL, Stuttgart 1997, Dokument 12, S. 101.

<sup>11</sup> Ausführlicher KOEHL (wie Anm. 4), S. 49-70 u. S. 249-250; dazu auch LUMANS (wie Anm. 4), S. 131-137; JOSEPH B. SCHECHTMAN, European Population Transfers 1939–1945, New York 1946, S. 272-280.

<sup>12</sup> Ausführlicher JOACHIM ROGALL, Polen im Zweiten Weltkrieg, in: Land der großen Ströme. Von Polen nach Litauen, hg. v. JOACHIM ROGALL, Berlin 1996 (= Deutsche Geschichte im Osten Europas), S. 409-447, insbesondere S. 432 ff.

geräumt werden. An dieser Stelle stießen Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik ursächlich zusammen.

### Die „Heimholung“ ins Reich: Mythos und individuelles Erleben

Zwischen Oktober 1939 und Januar 1941 schloss das Deutsche Reich sieben Umsiedlungsverträge ab, durch die insgesamt rund eine halbe Million Menschen ins Deutsche Reich „heimgeführt“ wurden.<sup>13</sup> In der nationalsozialistischen Propaganda wurde diese Umsiedlung dargestellt als die Erfüllung eines jahrhundertelangen Traums der deutschen Bevölkerungsgruppen, nach Deutschland „heimzukehren“ und mit der deutschen Volksgemeinschaft vereinigt zu werden, und gleichzeitig als ein Akt von „nationaler Loyalität“, dem schon allein deshalb alle freiwillig folgten. Die gesamte Umsiedlungsaktion lief unter dem Motto „heim ins Reich“, und offizielle Parolen wie „Wir kommen glücklich heim“ oder „Der Führer rief, und alle, alle kamen!“ sollten die Begeisterung der betroffenen Menschen ausdrücken.<sup>14</sup> Im nationalsozialistischen (Unterhaltungs-)Film wurde dieselbe Botschaft vermittelt. So stellte der Film „Heimkehr“ von Gustav Ucicky aus dem Jahre 1941 das Schicksal einer kleinen Gruppe Wolhynien-Deutscher als beispielhaft für den „heldenhaften“ und letztlich doch aussichtslosen Kampf der Volksdeutschen außerhalb des deutschen Machtbereichs um die Bewahrung ihres Deutschtums in einer ihnen gegenüber immer feindlicher eingestellten Umwelt dar.<sup>15</sup> Die Rettung kam dann durch die von Hitler ermöglichte Heimkehr nach Deutschland:

„Leute, heimkommen werden wir bestimmt. [...] denkt doch bloß, Leute, wie das sein wird, denkt doch bloß, wenn so um uns rum lauter Deutsche sein werden und nicht, wenn du in einen Laden reinkommst, daß da einer jiddisch redet oder polnisch, sondern deutsch! Und nicht nur das ganze Dorf wird

<sup>13</sup> Übersicht im Anhang. – Im Folgenden geht es ausschließlich um diese Menschen, die im Rahmen der vertraglich geregelten Ausreise in den Machtbereich des Deutschen Reiches (zwangs)umgesiedelt wurden. Da Südtirol in vielerlei Hinsicht eine gewisse Sonderstellung einnimmt, liegt dabei das Hauptaugenmerk auf den Umsiedlern aus dem Osten.

<sup>14</sup> So zum Beispiel auch HEINRICH BOSSE, Der Führer ruft. Erlebnisberichte aus den Tagen der großen Umsiedlung im Osten, Berlin 1941.

<sup>15</sup> BOGUSŁAW DREWNIAK, Der deutsche Film 1938–1945. Ein Gesamtüberblick, Düsseldorf 1987, S. 320–329 u. S. 807–809; HILMAR HOFMANN, „Und die Fahne führt uns in die Ewigkeit“. Propaganda im NS-Film, Bd. 1, Frankfurt/M. 1988, S. 166. – Der Film, mit Paula Wessely, Carl Raddatz und Attila Hörbiger in den Hauptrollen, erhielt auf der Biennale 1941 in Venedig den Pokal des italienischen Ministeriums für Volkskultur.

deutsch sein, sondern ringsum und rundherum wird alles deutsch sein. Und wir werden so mitten in ihm sein, im Herzen von Deutschland.“<sup>16</sup>

Den Abschluss des Films bildet der Treck nach Deutschland; an der Reichsgrenze grüßt ein großes Hitler-Bild.

Die wenigen überlieferten privaten Quellen aus der Zeit der Umsiedlung sowie die Zeitzeugenberichte, die nach dem Zweiten Weltkrieg gesammelt wurden,<sup>17</sup> zeichnen dagegen ein anderes Bild und machen deutlich, dass sich für die große Mehrzahl der im Rahmen der vertraglich organisierten „Rückführung“ nach Großdeutschland umgesiedelten Menschen die Realität sehr deutlich von diesen Parolen unterschied. Für die meisten kam die Aufforderung zur Umsiedlung wie aus heiterem Himmel. Dies galt ganz besonders für jene Bevölkerungsgruppen, die in Ländern bzw. Regionen lebten, die zum Zeitpunkt der Umsiedlung noch nicht Teil der Sowjetunion waren. Eine große Zahl der deutschstämmigen Bevölkerung war mit ihrer Situation in der Zwischenkriegszeit mehr als unzufrieden gewesen und hatte Petitionen an die deutsche Regierung unterzeichnet, gegen Fälle angeblicher oder tatsächlicher Diskriminierung einzuschreiten und sich generell für eine Verbesserung ihrer Lage einzusetzen. 1939 hatte die Führung der Baltendeutschen sogar eine Evakuierung aller Frauen und Kinder aus den baltischen Staaten erwogen. Manche hatten sicherlich auch eine Annexion ihrer Heimat durch das Deutsche Reich erhofft, insbesondere nach der Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei im Frühjahr 1939. Aber kaum einer hatte ernsthaft daran gedacht, dass alle Deutschen ihre angestammte Heimat endgültig und für immer verlassen würden. Als dann der Aufruf zur Umsiedlung kam, teilten die meisten die Gefühle, die eine Frau in

---

<sup>16</sup> Monolog der Lehrerin Maria Thomas, der Hauptfigur des Films, gespielt von Paula Wessely, zitiert in DREWNIAK (wie Anm. 15), S. 326 ff.

<sup>17</sup> Die wichtigste Sammlung von individuellen Zeitzeugenberichten zu Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus ihren traditionellen Siedlungsgebieten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa während und nach dem Zweiten Weltkrieg ist die des Großforschungsprojektes unter der Gesamtleitung von Theodor Schieder, das Anfang der fünfziger Jahre vom Bundesministerium für Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsgeschädigte initiiert worden war. Lediglich ein Teil dieser Berichte ist veröffentlicht: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteuropa, hg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. 5 Bde., 3 Beihefte und 1 Registerband, Bonn 1953–1962, Nachdruck (ohne Registerband) München 1984. Die Schilderungen in diesen Zeitzeugenberichten entsprechen in der Tendenz dem, was in Berichten geäußert wurde, die in anderen Kontexten gesammelt wurden, wie die von mir aufgenommenen lebensgeschichtlichen Interviews im Rahmen eines Forschungsprojektes zum Landkreis Celle in Nordwestdeutschland: Tonarchiv Sammlung Rainer Schulze, University of Essex (fortan TA- RS).

einem privaten Brief so ausdrückte: „Nur ein paar gedruckte Worte – und sie bedeuten die größte Wende unseres Lebens und unserer Geschichte.“<sup>18</sup>

Obwohl es für die meisten doch wohl eher kein Aufbruch nur voller Begeisterung war, wurde der Aufruf zur Umsiedlung von fast allen in großer Einmütigkeit und Disziplin befolgt. Nur sehr wenige widersetzten sich der Forderung nach „Rückkehr“ – abgesehen von aktiven Gegnern des NS-Regimes<sup>19</sup> und solchen mit jüdischen Ehepartnern waren es fast ausschließlich Alte, Kranke und Gebrechliche, die sich dafür entschieden, in ihrem Heimatgebiet zurückzubleiben.

Eine Reihe von Faktoren erklärt die Bereitschaft der Volksdeutschen, die Gebiete zu verlassen, in denen ihre Familien zum Teil seit Generationen gelebt hatten. Die Mehrzahl der deutschstämmigen Bevölkerung war strikt anti-kommunistisch eingestellt, viele hatten in den Wirren nach dem Ersten Weltkrieg auf der Seite der „Weißen“ gegen die Bolschewisten gekämpft und hatten schlichtweg Angst vor einer sowjetischen Übernahme auch der Gebiete, die nominell noch unabhängig waren. Die Nationalsozialisten nutzten die Ängste vor Enteignungen, politischer Diskriminierung und Deportationen in die Sowjetunion geschickt aus, um die Bereitschaft zur Umsiedlung zu fördern.

In den Gebieten, die bereits von der Sowjetunion annexiert waren, brauchten die Volksdeutschen kaum noch weitere Ermunterung von Seiten des NS-Regimes, sich der Umsiedlung nach Großdeutschland anzuschließen – vor allem dort nicht, wo die Sowjets bereits mit Verstaatlichungen und Kollektivierungen begonnen hatten: „Debatten unter den Volksdeutschen, ob man umsiedeln wolle oder nicht, hat es an keinem Ort und zu keiner Zeit gegeben“, berichtete ein Mitglied des Umsiedlungskommandos Bessarabien später, fügte aber auch hinzu, „Sie entschlossen sich jedoch nur sehr schweren Herzens.“<sup>20</sup> Zu dieser anti-kommunistischen Einstellung hinzu

<sup>18</sup> Zitiert in MICHAEL GARLEFF, Die Deutschbalten als nationale Minderheit in den unabhängigen Staaten Estland und Lettland, in: Baltische Länder, hg. v. GERD VON PISTOHL-KORS, Berlin 1994 (= Deutsche Geschichte im Osten Europas), S. 534-547, hier S. 534.

<sup>19</sup> Einer von ihnen war der Journalist und Politiker Paul Schiemann (1876–1944), 1919–1933 Chefredakteur der angesehenen *Rigaschen Rundschau*, der bedeutendsten deutschen Zeitung Lettlands, sowie Abgeordneter im Volksrat, der Verfassunggebenden Versammlung und der I. – IV. Saeima, „die bedeutendste Persönlichkeit des baltischen Deutschtums zwischen den Kriegen“, so JÜRGEN VON HEHN, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen – das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte, Marburg 1982 (= Marburger Ostforschungen, 40), S. 6. Zu Schiemann auch GARLEFF (wie Anm. 18), S. 542.

<sup>20</sup> Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. 3: Das Schicksal der Deutschen in Rumänien, bearb. v. THEODOR SCHIEDER, hg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Berlin 1957, Dokument Nr. 1, S. 7. – Einige Beobachter meinten deshalb, dass gar nicht so sehr Hitler, sondern vielmehr Stalin die motivierende Kraft war und dass der Slogan „Der Führer rief, und alle,

kam die Ankündigung der Nationalsozialisten, dass alle Umsiedler nicht nur vollständig für ihre Verluste entschädigt, sondern darüber hinaus sogar materiell besser gestellt sein und überhaupt größere politische und berufliche Aussichten und ein insgesamt leichteres Leben haben würden. Das traf insbesondere bei den Volksdeutschen auf offene Ohren, die sich (gerechtfertigter oder ungerechtfertigter Weise) zusehends marginalisiert fühlten.

Arnold Eh., geboren 1933 in Jekaterinowska in Bessarabien, erinnerte sich in einem Gespräch vor wenigen Jahren noch sehr genau an den inneren Zwiespalt, in dem sich seine Eltern und Großeltern befanden, als der Befehl zur Umsiedlung kam. Wollten sie weg?

„An und für sich nein, aber doch ja, nachdem wir wußten, was in der Sowjetunion geplant war und was uns blüht, was uns zustoßen wird. [...] Somit waren wir ganz froh – also, uns wär's nicht gut ergangen, solange da Sowjetunion und Rußland usw. – die hätten viele verschleppt, und haben sie ja auch, die nicht mehr weggekommen sind. [...] Also somit waren wir schon ganz froh, daß wir da wegkamen.“<sup>21</sup>

Rudolf W. aus Gurahumora in der nördlichen Bukowina stellte heraus:

„Man war bereit, ein Land zu verlassen, das allen über Nacht fremd geworden war, das keine Heimat mehr war und keinen Schutz gewähren konnte. Und man war noch lange kein ‚Nazi‘, wenn man nun nach Deutschland, in das Land der Deutschen strebte, wo man sich geborgen fühlen durfte. Was war dies anderes als ein Zwang zum freiwilligen Verlassen der Heimat gewesen?“<sup>22</sup>

---

alle kamen!“ eigentlich ersetzt werden müsste durch „Stalin kam, und alle, alle liefen!“, s. WILFRIED SCHLAU, Eine Einführung in die Wanderungsgeschichte der baltischen Deutschen, in: Sozialgeschichte der baltischen Deutschen, hg. v. WILFRIED SCHLAU, Köln 2000 (= Bibliothek Wissenschaft und Politik, 61), S. 22-30, hier S. 22; dazu auch LUMANS (wie Anm. 4) S. 153-154.

<sup>21</sup> TA-RS (wie Anm. 17), 71-1. – Die Namen aller Gesprächspartner sind im Folgenden anonymisiert worden. Die für die Nachnamen verwendeten Buchstaben entsprechen denen in früheren Veröffentlichungen, in denen ich bereits aus diesen Interviews zitiert habe: RAINER SCHULZE, Alte Heimat – neue Heimat – oder heimatlos dazwischen? Zur Frage der regionalen Identität deutscher Flüchtlinge und Vertriebener – Eine Skizze, in: Nordost-Archiv N. F. 6 (1997), S. 759-787; RAINER SCHULZE, Zwischen Heimat und Zuhause? Einige Anmerkungen zu einer Diskussion, die noch lange nicht beendet ist, in: Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945-2000, hg. v. RAINER SCHULZE, Osnabrück 2001 (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte des Landkreises Celle, 6), S. 288-299; RAINER SCHULZE, The Struggle of Past and Present in Individual Identities: The Case of German Refugees and Expellees from the East, in: Coming Home to Germany? The Integration of Ethnic Germans from Central and Eastern Europe in the Federal Republic, hg. v. DAVID ROCK u. STEFAN WOLFF, New York, Oxford 2002 (= Culture and Society in Germany, 4), S. 38-55.

<sup>22</sup> Das Schicksal der Deutschen in Rumänien (wie Anm. 20), Dokument Nr. 2, S. 14.

Die meisten Aussagen deuten an, dass ein Gefühl vorherrschte, als einzelner gar nichts machen zu können, dass die Aufforderung zur Umsiedlung eine Anordnung der politischen wie der kirchlichen Führung und eine Pflicht dem eigenen Volk gegenüber sei, der man sich nicht entziehen könne und dürfe, bzw. dass es einfach Schicksal sei. Dies traf selbst auf die Dobrudscha zu, wo manche Deutschstämmige von ihren nicht-deutschen Nachbarn angefleht wurden, sich nicht der Umsiedlung anzuschließen: „[...] es war nicht mehr zu ändern, da es ein Abkommen war zwischen den Staaten.“<sup>23</sup> Die nationalsozialistische Propaganda erweckte zudem den Eindruck, dass es kaum jemanden gab, der nicht nach Deutschland „heimkehren“ wollte, so dass diejenigen, die überlegten zurückzubleiben, fürchteten, sie würden dann ganz allein auf sich gestellt sein.

Unabhängig von allen anderen Überlegungen teilten fast alle Volksdeutschen eine generell pro-deutsche Stimmung, was Otto K., Studienrat aus Cobadin in der Dobrudscha, später beschrieb als

„ein Zugetansein, ja sogar eine Begeisterung für die deutsche Sache. Der Glaube an Deutschland hat in dem Für und Wider für die Umsiedlung den Ausschlag gegeben; ohne ihn wäre es zu keinem allgemeinen Aufbruch in der Dobrudscha gekommen. Unsere Bauern haben an Deutschland und an das deutsche Volk geglaubt. Für sie war alles, was damit zusammenhing, schön und gut und groß. Deutschland, das war doch so etwas wie die Sonne am Himmel.“<sup>24</sup>

Während der Zwischenkriegszeit hatten sich viele wegen ihrer Deutschstämigkeit diskriminiert und marginalisiert gefühlt. Als Reaktion darauf hatten sie Deutschland glorifiziert und um die Bewahrung ihres Deutschstums gekämpft, und viele waren darüber „deutscher“ geworden, als sie es vorher je gewesen waren. In der neuen Machtkonstellation im östlichen Europa erschien ihnen die Umsiedlung dann als die einzige Möglichkeit, weiterhin in einer „deutschen“ Umwelt zu leben.

Für die meisten Deutschstämmigen stellte sich die Umsiedlung jedoch als alles andere als ein gradliniger und reibungsloser Prozess heraus. Nach der ersten Begrüßung bei der Ankunft, die als eine sehr auf die Erzeugung von Emotionen ausgerichtete Feierlichkeit stattfand, fühlten sich nur noch die wenigsten wirklich willkommen in dem Vaterland, das sie zur „Rückkehr“ aufgerufen hatte. Lediglich die ersten 20.000 Umsiedler aus den baltischen Staaten wurden direkt in die Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland gebracht, in denen sie auch angesiedelt werden sollten. Für weit mehr als 90% der Umsiedler begann die Umsiedlung mit der Unter-

---

<sup>23</sup> Otto Sch. aus Agemler, Dobrudscha, in: Ebd., Dokument Nr. 7, S. 36.

<sup>24</sup> Ebd., Dokument Nr. 3, S. 20.

bringung in Lagern, die sich oftmals lange hinzog, und viele durchliefen mehr als nur ein Lager. Die Volksdeutsche Mittelstelle, der die Betreuung der Umsiedler übertragen wurde, richtete ein verzweigtes System von Lagern ein, das von provisorischen Lagern in den ursprünglichen Siedlungsgebieten über Transit- oder Durchgangslager bis hin zu ersten Sammellagern im Reich und schließlich mehr als 1.500 Umsiedler- bzw. Beobachtungslagern, verstreut über das gesamte Reichsgebiet, reichte. Letzte Station in dieser „Lagerkarriere“ war für einige Umsiedler dann noch ein Verteilungslager in der Region, in der sie schließlich angesiedelt werden sollten.<sup>25</sup> Während sie diese Lager durchliefen, wurden die Umsiedler registriert, ihre politische Zuverlässigkeit getestet und ihre Ansprüche auf Entschädigung geprüft. Außerdem mussten sich alle einer medizinischen und einer rassischen Untersuchung unterziehen.<sup>26</sup>

Viele Lager waren hoffnungslos überbelegt, was bedeutete, dass sich häufig mehr als eine Familie eine einzige kleine Kammer teilen mussten. In manchen Lagern wurden Männer und Frauen getrennt untergebracht, und dies betraf auch Eheleute. Es gab keine Privatsphäre, die Ausstattung war elementar, und für die große Mehrzahl war der erste Eindruck, den sie von Deutschland bekamen, durchweg negativ. Fast alle klagten über die Verpflegung. Viele erwähnten später auch, dass die Lagerverwaltung korrupt war, dass Koffer geplündert wurden und Wertgegenstände verloren gingen: „So wurden wir in allem betrogen, und keiner war da, der uns beistehen konnte.“<sup>27</sup> Viele dieser Klagen waren sicherlich gerechtfertigt, andere eher das Ergebnis von Heimweh und Angst vor der Zukunft.

Ein allgemeines Problem war die erzwungene Untätigkeit und die damit einhergehende Langeweile, die in den Lagern herrschte. Dabei verbot es das strikte Lagerregiment in der Regel, sich tagsüber auf die Kammern zurückzuziehen und zu schlafen. Kurse, in denen die Umsiedler ihre Schulankenntnisse auffrischen konnten (und in denen ihnen gleichzeitig die Grundsätze der nationalsozialistischen Weltanschauung vermittelt wurden), wurden von vielen als herabwürdigend und regelrecht beleidigend empfunden: „Natürlich, es waren auch Leute darunter, die schlecht geschult waren, und auch welche, die keine Deutsche Schule besucht hatten. Aber trotzdem war

---

<sup>25</sup> Zum Folgenden LUMANS (wie Anm. 4), S. 186-189. Lumans sieht dabei zwischen dem System der Umsiedlerlager und dem der Konzentrations- und Zwangsarbeiterlager durchaus Ähnlichkeiten: „VoMi resettlement camps became the *Herrenvolk* counterparts to the concentration and forced-labor camps housing ‚subhumans‘ and ‚asocials‘ of all sorts“ (S. 186).

<sup>26</sup> Ausführlicher dazu KOEHL (wie Anm. 4), S. 100-110.

<sup>27</sup> Das Schicksal der Deutschen in Rumänien (wie Anm. 20), Dokument Nr. 7, S. 39.

es nicht nötig. Man hielt uns regelrecht für dumm [...].”<sup>28</sup> Viele Umsiedler waren sehr religiös, durften in den Lagern aber häufig ihre traditionellen Gottesdienste und Bibelstunden nicht weiterführen. Sätze wie, “Wenn wir gewußt hätten, was uns erwartet, so wären wir nicht gekommen”<sup>29</sup>, finden sich in zahlreichen Zeitzeugenberichten. Otto S. resümmierte seine Lagererfahrung mit den Worten:

„[...] wir wurden nicht wie Umsiedler behandelt, sondern wie Sträflinge. [...] Ich bin froh, wenn ich nicht daran denke. Weil das alles war in dem Lager – es waren 19 Monate, die wir da verbracht haben – nur kein menschliches Leben.“<sup>30</sup>

Der durchschnittliche Lageraufenthalt betrug neun Monate, aber viele Umsiedler blieben weitaus länger in den Lagern. Die Baltendeutschen, die als erste kamen, wurden noch relativ schnell angesiedelt, aber für die folgenden Gruppen dauerte es länger und länger, bis für sie passende Bauernhöfe oder Gewerbebetriebe gefunden werden konnten. Dies verlangsamte sich nochmals im Frühjahr 1941, als Polen mit den Planungen zur Operation Barbarossa militärisches Sperr- und Aufmarschgebiet wurde. Im April 1941 lebten noch über 250.000 Volksdeutsche in den verschiedenen Umsiedlerlagern und warteten auf ihre Neuansiedlung, manche verblieben dort bis zum Ende des Krieges.<sup>31</sup> Frustration und Unruhe in den Lagern erreichten deshalb häufig eine bedrohliche Dimension, und einige Umsiedler aus der Bukowina und aus der Dobrudscha verweigerten sogar ihre Einbürgerung und stellten einen Antrag auf Rückführung nach Rumänien.<sup>32</sup>

Aber auch das Leben außerhalb der Lager entsprach nicht immer dem, was den Umsiedlern vorher in Aussicht gestellt worden war. Viele klagten darüber, dass die Reichsdeutschen sie herablassend als Deutsche zweiter Klasse behandelten oder sie sogar als Polen, Rumänen oder Ungarn bezeichneten. Selbst der Sicherheitsdienst der SS merkte in seinen Lageberichten kritisch an,

„daß die Umsiedler nach ihrer Ansetzung und damit Entlassung aus der Betreuung durch den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums sowohl

<sup>28</sup> Ebd.

<sup>29</sup> Ebd., Dokument Nr. 3, S. 23.

<sup>30</sup> Ebd., Dokument Nr. 7, S. 38 u. S. 40.

<sup>31</sup> ALY, „Endlösung“ (wie Anm. 9), S. 229.

<sup>32</sup> Ebd., S. 320-324.

bei der reichsdeutschen Bevölkerung als auch bei örtlichen Stellen häufig auf Mangel an Verständnis und Unterstützung stoßen.“<sup>33</sup>

Vermerkt wurden Klagen über Bürokratismus, Überheblichkeit und schiere Willkür sowie Beschimpfungen und sogar Fälle von Misshandlungen. Es komme immer wieder vor,

„daß die Umsiedler geradezu als lästige Ausländer betrachtet würden. Sie würden vielfach in den Geschäften gegenüber den ansässigen Volksdeutschen und Reichsdeutschen benachteiligt und verächtlich behandelt. Die Betriebsführer sähen in den Umsiedlern lediglich Arbeitskräfte, die den fremdstämmigen Arbeitern gleichzustellen seien. [...] Redensarten wie: ‚Was wollt ihr eigentlich? Warum seid ihr nicht geblieben, wo ihr wart?‘ und Beschimpfungen als ‚Pollacken‘ wären nicht selten.“<sup>34</sup>

In Lünen habe das dortige Arbeitsamt Volksdeutsche „wie fremdvölkische Arbeitskräfte“ behandelt und ihnen „durch Dienstsiegel“ auf einer Karte für ausländische Arbeiter bestätigt, „daß sie die deutsche Sprache nicht beherrschen.“<sup>35</sup> In den „neuen reichsdeutschen Ostgebieten“ käme es vor, dass Volksdeutsche „Polen als Vorgesetzte“ hätten<sup>36</sup> oder dass „polnische Arbeitskräfte oftmals eine weit bessere Behandlung erfahren würden.“<sup>37</sup> In Crossen/Oder sei einem Umsiedler aus der Nord-Bukowina, der für sich und seine kränkliche Frau nur eine äußerst kärgliche Dachkammer zugeteilt bekommen, von der Verwaltung mitgeteilt worden: „Erst kommen unsere Einwohner dran und dann die Umsiedler.“ Derartige Vorfälle „untergrüben [...] das Ansehen der Führung und erschweren außerordentlich das Aufgehen der volksdeutschen Umsiedler in der Volksgemeinschaft.“<sup>38</sup> Im November 1943 verfügte Himmler, die Bezeichnung „Volksdeutscher“ künftig zu vermeiden, da sie „meistens von den Deutschen innerhalb der Reichsgrenze mit einem gewissen herabsetzenden Ton verwendet wird.“<sup>39</sup>

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion hofften viele deutschstämmige Umsiedler darauf, dass sie nunmehr in ihre alten Heimatgebiete zurückkehren könnten und ihr alter Traum von der Annexion dieser Gebie-

---

<sup>33</sup> Meldungen aus dem Reich Nr. 300 vom 16. Juli. 1942, in: Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Bd. 1–17, hg. v. HEINZ BOBERACH, Herrsching 1984, hier Bd. 8, S. 3961.

<sup>34</sup> Ebd., S. 3961 ff.

<sup>35</sup> Meldungen aus dem Reich Nr. 267 vom 12. März 1942, in: Ebd., Bd. 9, S. 3461.

<sup>36</sup> Meldungen aus dem Reich Nr. 97 vom 17. Juni 1940, in: Ebd., Bd. 4, S. 1268.

<sup>37</sup> Meldungen aus dem Reich Nr. 241 vom 27. Nov. 1941, in: Ebd., Bd. 8, S. 3037.

<sup>38</sup> Meldungen aus dem Reich Nr. 300 vom 16. Juli 1942, in: Ebd., Bd. 10, S. 3963.

<sup>39</sup> Reichsführerbefehl, 27. Nov. 1943, zitiert in BUCHSWEILER (wie Anm. 6) S. 87.

te in ein Großdeutsches Reich vielleicht doch noch Wirklichkeit werden könnte. Eine solche Rückkehr war von der NS-Regierung allerdings nie-mals vorgesehen. Im Herbst 1941 wurde den Baltendeutschen vom Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums eine Rücksiedlung sogar ausdrücklich untersagt.<sup>40</sup> Trotzdem kehrten etliche Volksdeutsche zurück – die meisten lediglich als Soldaten, andere als Mitglieder der neuen Zivilverwaltungen, der Polizei- und Sicherheitsdienste oder als Wirtschaftsmanager. Allerdings kamen bald Zweifel an ihrer politischen Zuverlässigkeit und ihrer Bereitschaft zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Politik auf, da sie häufig eine verständnisvollere Behandlung insbesondere der nicht-russischen Bevölkerungsgruppen sowie eine konstruktivere Besatzungspolitik forderten. Doch alle Hoffnungen, die die Volksdeutschen eventuell immer noch insgeheim auf eine Rückkehr in ihre angestammten Siedlungsgebiete gehabt haben mögen, zerstoben dann endgültig mit dem Ende des Krieges. Der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes bedeutete für alle Deutschen östlich von Oder und Neiße den Verlust ihrer Heimat. Für die Volksdeutschen, die hier erst nach 1939/40 angesiedelt worden waren, war es der zweite Heimatverlust innerhalb von fünf Jahren. Gottlob E., der 1940 aus Bessarabien in das Warthegebiet umgesiedelt wurde und von dort im Januar 1945 über mehrere Stationen bis in den Schwarzwald, der Heimat seines Urgroßvaters, flüchtete, fasste 1956 seine Gefühle mit den Worten zusammen:

„Es war mein sehnlichster Wunsch schon in Bessarabien, Deutschland einmal gründlich zu sehen. Nun ging mein Wunsch in Erfüllung. [...] [Aber ich bin] sehr enttäuscht von meinem Vaterland, von dem ich einst so begeistert träumte und sprach.“<sup>41</sup>

### Die Volksdeutschen im Geflecht von Tätern, Opfern und Nutznießern

Lange Zeit wurden die deutschstämmigen Bevölkerungsgruppen, die zwischen 1939 und 1941 „heim ins Reich“ umgesiedelt wurden, generell zum Lager der Täter gezählt. Ganz ohne Zweifel sympathisierten sehr viele von ihnen, vielleicht sogar die große Mehrheit, mit dem Nationalsozialismus. Sie begrüßten und unterstützten die expansionistische und auf Annexionen

<sup>40</sup> SD-Berichte zu Inlandsfragen vom 19. Juli 1943 (Blaue Serie), in: Meldungen aus dem Reich 1938–1945 (wie Anm. 33), Bd. 14, S. 5505–5508. Dazu auch HEHN (wie Anm. 19) S. 195; GARLEFF (wie Anm. 18) S. 545–546 (auch zum folgenden).

<sup>41</sup> Das Schicksal der Deutschen in Rumänien (wie Anm. 20), Dokument Nr. 4, S. 26 f.

ausgerichtete NS-Außenpolitik, weil sie sich davon eine Verbesserung ihrer, wie sie es sahen, prekären Situation versprachen, und sie forderten die NS-Regierung zum Teil regelrecht dazu auf, zu ihren Gunsten zu intervenieren. Sie setzten „nicht mehr auf eine internationale Rechtsordnung, sondern auf eine nationale Machtordnung.“<sup>42</sup> Um ihre eigene Situation zu verbessern, waren viele bereit, den Staaten gegenüber, deren Staatsbürgerschaft sie besaßen, Illoyalität zu zeigen und sich gegen ihre eigenen Regierungen in Stellung bringen zu lassen.

Die meisten Volksdeutschen, die nach der Umsiedlung tatsächlich Bauernhöfe, Handwerksbetriebe oder andere Erwerbsmöglichkeiten in den annexierten Regionen Westpolens zugewiesen bekamen, profitierten wirtschaftlich von der Umsiedlung, da es ihnen materiell sehr viel besser ging als in ihren Heimatgebieten im östlichen und südöstlichen Europa. Der allgemeine Lebensstandard im Deutschen Reich war höher, ihre Löhne und Gehälter sowie Pensionsleistungen wurden dem deutschen Niveau angepasst, und sie hatten auch sehr viel bessere Karriereaussichten. Im Wartheiland boten sich ihnen Möglichkeiten, die sie in ihren Heimatregionen niemals gehabt hätten.<sup>43</sup> Die in den annexierten Regionen angesiedelten Menschen wurden zum Teil sogar noch besser von den nationalsozialistischen Behörden versorgt und bekamen mehr Hilfe und Unterstützung als die Deutschen im Altreich.<sup>44</sup>

Um Platz für die deutschen Umsiedler zu machen, wurden Polen und Juden enteignet, vertrieben, deportiert, interniert, zur Zwangsarbeit ins Reich geschickt oder schlicht ermordet. Die Umsiedler bekamen deren Häuser, Bauernhöfe, Gewerbebetriebe und selbst das Vieh, das Werkzeug, die Kleidung und die Haushaltsgegenstände zugewiesen. Einige National-Polen verblieben als Hilfsarbeiter oder Knechte in ihren bisherigen Betrieben, um die eigentliche Arbeit für die neuen deutschen Besitzer zu machen, da viele der jüngeren deutschen Männer sofort zur Wehrmacht einberufen wurden und ihre Frauen und die ältere Generation der Umsiedler die übernommenen Bauernhöfe und Gewerbetriebe allein führen mussten.

Die wenigsten Umsiedler fragten, was mit den Vorbesitzern ihrer neuen Höfe oder Betriebe geschehen war, die wenigsten wollten es wohl auch wissen – und dies, obwohl Abgesandte der verschiedenen Minderheitenorganisationen sehr genau verfolgten, wie für ihre Mitglieder in den annexierten polnischen Regionen Unterkünfte und Erwerbsmöglichkeiten ge-

<sup>42</sup> RIMSCHA (wie Anm. 5) S. 32.

<sup>43</sup> So HEHN (wie Anm. 19) S. 195, für die Baltendeutschen.

<sup>44</sup> So auch Arnold Eh., dessen Familie ein Hof in Westpreußen zugewiesen wurde; TA-RS (wie Anm. 17), 71-1.

schaffen wurden. In dem Bericht eines Vertreters der Baltendeutschen aus Lodz, datiert vom 31. Januar 1940, hieß es zum Beispiel:

„Mit der Evakuierung geht es dort sehr gut vorwärts. Bis zum 12. Februar wird mit der Heraussetzung der Juden Schluß sein, dann kommen die Polen an die Reihe. Auch die berufliche Einsetzung geht gut voran. Jedenfalls kann nur geraten werden, nach Lodz zu fahren.“<sup>45</sup>

Es scheint, als ob selbst diejenigen, denen klar war, was passierte, nicht weiter darüber nachdenken wollten. Arnold Eh. bemerkte erst kürzlich über den Bauernhof, den seine Familie übernahm, ganz unumwunden: „Der wurde wahrscheinlich den Polen abgenommen. Wir sind da einfach eingezogen, war ein Teil Vieh da, und wir haben auch noch 'was zuerworben usw.“<sup>46</sup> Er erwähnte in diesem Zusammenhang nicht, dass seine Familie irgendwelche Skrupel hatte, diesen Hof zu übernehmen, oder sich fragte, warum er den polnischen Besitzern abgenommen worden war. Vereinzelt gab es Racheakte von Seiten der enteigneten Polen,<sup>47</sup> und einige Umsiedler deuteten später an, dass sie sich nie so ganz sicher gewesen seien, dass ihre Ansiedlung von Dauer sein würde. Insbesondere diejenigen, die in Gegenden angesiedelt worden waren, die vor 1918 nicht zum Deutschen Reich gehört hatten, äußerten derartige Zweifel. Insgesamt aber führten die meisten von ihnen bis Ende 1944 ein relativ friedliches, ruhiges und vor allem gut versorgtes Leben. All dies macht die Volksdeutschen, als Gruppe und als Individuen, zu Nutznießern der Plünderungen und des Völkermords im Osten und zum Teil sicherlich auch zu regelrechten Komplizen. Allerdings ist dies noch nicht das ganze Bild.

Trotz individueller Besserstellung in vielen Fällen waren die Volksdeutschen als Gruppe letztlich nur Instrumente der nationalsozialistischen Machtpolitik. Sie wurden vom Regime als verfügbare politische, ökonomische und militärische Ressourcen betrachtet,<sup>48</sup> die so eingesetzt und ausgenutzt wurden, wie es den NS-Zielen am besten diente. Während in einigen Regionen (wie den baltischen Staaten, Galizien, Wolhynien oder Bessarabien) die deutschstämmige Bevölkerung zur Umsiedlung nach Großdeutschland aufgerufen wurde, wurde sie in anderen Regionen (wie

---

<sup>45</sup> Zitiert in ALY, „Endlösung“ (wie Anm. 9), S. 83.

<sup>46</sup> TA-RS (wie Anm. 17), 71-1.

<sup>47</sup> Dazu z.B. LUMANS (wie Anm. 4) S. 197-198, oder SCHECHTMAN, European Population Transfers (wie 11), S. 354-361.

<sup>48</sup> Formulierung nach FAHLBUSCH, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? (wie Anm. 2), S. 62.

Ungarn, Kroatien, Serbien oder Bulgarien) zum Bleiben aufgefordert,<sup>49</sup> da dies den jeweiligen geopolitischen Interessen mehr entsprach. Der einzelne Volksdeutsche in Ost- und Südosteuropa hatte kaum eine Wahlmöglichkeit, und seine sogenannte „Option für Deutschland“ war keine wirkliche Option, denn für die wenigsten gab es die Möglichkeit, dagegen zu optieren.<sup>50</sup> Obwohl die nationalsozialistische Propaganda immer wieder herausstellte, dass die Volksdeutschen ihr Deutschtum über die Jahrhunderte bewahrt hätten und die besten und wertvollsten Aspekte der arischen Rasse verkörperten, gestählten in den Jahrzehnten des Kampfes um die Behauptung ihres Deutschtums, hatten die SS-Rassenexperten große Zweifel, ob auch wirklich jeder einzelne Volksdeutsche dem Assimilierungsdruck widerstanden hatte und „reinrassig“ geblieben war. Die Umsiedler wurden deshalb in den Lagern einer strengen rassischen Untersuchung unterworfen, in der Regel unter dem Deckmantel einer medizinischen Untersuchung.<sup>51</sup> Auf dieser Grundlage wurde entschieden, ob sie zur Ansiedlung in den annexierten Gebieten im Osten geeignet waren (Kategorie „O“ – für Ost). Denjenigen, die die Kriterien nicht erfüllten, wurde entweder nur abhängige Beschäftigung im Altreich angeboten (Kategorie „A“ – für Altreich), oder sie wurden, wenn ihnen ein noch geringerer rassischer Wert attestiert wurde, zur Zwangsarbeit oder zur Rückführung in ihre Ursprungsregionen vorgesehen (Kategorie „S“ – für Sonderfall).<sup>52</sup>

Je nach Herkunftsregion schnitten die Umsiedler bei dieser Kategorisierung sehr unterschiedlich ab. Die Baltendeutschen wurden von den Nationalsozialisten als rassisch besonders „wertvoll“ angesehen, und ihnen wurde deshalb eine besondere Bedeutung bei der Germanisierung des Warthelandes zugewiesen. Ende 1942 befand sich etwa 5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Warthegau in ihrem Besitz, was bedeutete, dass

---

<sup>49</sup> Dazu JOSEPH B. SCHECHTMAN, The Elimination of German Minorities in South-eastern Europe, in: *Journal of Central European Affairs* 6 (1946), S. 152-166; KOMJATHY/STOCKWELL (wie Anm. 4), insbesondere S. 157-166; G.C. PAIKERT, The Danube Swabians: German Populations in Hungary, Rumania and Yugoslavia and Hitler's Impact on their Patterns, Den Haag 1967 (= *Studies in Social Life*, 10), S. 134-151, S. 255-256 u. S. 273-284.

<sup>50</sup> Deshalb auch der Titel einer Dokumentensammlung: Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939-41, hg. v. DIETRICH ANDRÉ LOEBER, Neumünster 1972.

<sup>51</sup> Zum folgenden KOEHL (wie Anm. 4), S. 106-108; LUMANS (wie Anm. 4), S. 189-192; Das Schicksal der Deutschen in Rumänien (wie Anm. 20), Einleitende Darstellung, S. 47 E-49 E.

<sup>52</sup> Tatsächlich war die Rückführung von sogenannten „S“-Fällen in ihre Ursprungsregionen von Anfang an kaum mehr als eine theoretische Möglichkeit, und der weitere Verlauf des Krieges schloss eine solche Deportation dann ohnehin rasch völlig aus.

ihnen als Gruppe etwa 50.000 ha Land mehr zugewiesen worden war, als sie vor der Umsiedlung besessen hatten.<sup>53</sup> Im Gegensatz dazu galt die bäuerliche Bevölkerung aus dem südöstlichen Europa als rassistisch und auch politisch erheblich minderwertiger, da sie sich sehr viel mehr mit der nicht-deutschstämmigen Bevölkerung vermischt und ihre Sitten und Gebräuche stärker anderen Einflüssen geöffnet hatte. So erfüllte, zum Beispiel, eine überproportional hohe Zahl von Umsiedlern aus der Nord-Bukowina nicht die Anforderungen der rassistischen Untersuchung und wurde als „S“-Fall kategorisiert.<sup>54</sup>

Die SS hatte auch Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit vieler Umsiedler. Sie fürchtete, dass die Mehrzahl der deutschstämmigen Bevölkerung, deren individuelle und kollektive Erfahrungen in der Zwischenkriegszeit sich fundamental von denen der Reichsdeutschen unterschieden, allenfalls oberflächlich nazifiziert war. Besonders betroffen von diesem Misstrauen war wiederum die bäuerliche Bevölkerung aus dem südöstlichen Europa, da viele von ihnen nur wenig über die Entwicklung im Reich informiert waren und überdies besser polnisch, rumänisch oder ukrainisch als deutsch sprachen. Die Volksdeutsche Mittelstelle und örtliche Parteiorganisationen führten deshalb bereits in den Umsiedlerlagern Kulturveranstaltungen und regelrechte Schulungen durch, um die Umsiedler mit dem nationalsozialistischen Gedankengut vertraut zu machen.<sup>55</sup>

Den Umsiedlern war versprochen worden, dass alle für ihre Verluste vollständig entschädigt werden würden, und am 2. März 1941 bekräftigte Himmler in der Breslauer Jahrhunderthalle anlässlich der öffentlichen Einbürgerung von deutschstämmigen Familien aus der Bukowina nochmals diese Zusage:

„Jeder bekommt mindestens den Grund und Boden, den er in seiner verlassenen volksdeutschen Heimat besessen hat. Jeder bekommt die Existenz gleicher oder ähnlicher Art, die er im Auslande gehabt hat, seien es die Handwerksstelle, die Werkstatt, das Geschäft, das Haus.“<sup>56</sup>

Für rund die Hälfte der Umsiedler wurde diese Zusage jedoch nie zur Realität, denn sie bekamen Arbeitsstellen zugewiesen, die für sie gegenüber ihrer Situation in ihren ursprünglichen Heimatregionen einen materiellen und vor allem auch sozialen Abstieg bedeuteten, oder aber sie verblieben

<sup>53</sup> HEHN (wie Anm. 19), S. 192-195; GARLEFF (wie Anm. 18), S. 543.

<sup>54</sup> Das Schicksal der Deutschen in Rumänien (wie Anm. 20), Einleitende Darstellung, S. 48 E, Anm. 40.

<sup>55</sup> ISABEL RÖSKAU-RYDEL, Galizien, in: Galizien, hg. v. ISABEL RÖSKAU-RYDEL, Berlin 1999 (= Deutsche Geschichte im Osten Europas), S. 191-212, hier S. 195.

<sup>56</sup> Zitiert in ALY, „Endlösung“ (wie Anm. 9), S. 223.

sogar bis Kriegsende in den Umsiedlerlagern. Doch selbst für diejenigen, die einen Hof zugewiesen bekamen, bedeutete dies nicht in jedem Fall eine Gleich- oder gar Besserstellung gegenüber ihrer Situation vor der Umsiedlung. Bauern aus Bessarabien, wo das Land sehr fruchtbar war, beklagten sich über die Sandböden im Warthegebiet. Hinzu kam, dass sie die zugewiesenen Ländereien lediglich in Treuhänderschaft bzw. als Verwalter bekamen. Die Regelung der Eigentumsfrage wurde bis nach Kriegsende zurückgestellt, und bei der endgültigen Verteilung des enteigneten polnischen Landbesitzes sollten dann auch Reichsdeutsche berücksichtigt werden, insbesondere verdiente Kriegsveteranen.<sup>57</sup>

Die Umsiedlung bedeutete, dass die Menschen ihre angestammte Heimat verloren und sich in einer Umgebung einleben mussten, die sich sehr stark von der unterschied, in der sie geboren und aufgewachsen waren und in der ihre Familien häufig seit Generationen gelebt hatten. Das Motto „heim ins Reich“ für diese Umsiedlungsaktionen war reine Propaganda, denn kaum jemand von denen, die zwischen 1939 und 1941 nach Großdeutschland umgesiedelt wurden, hatte dort jemals gelebt. Sie wurden nicht „heimgebracht“ oder „repatriiert“, sondern entwurzelt und zwangsumgesiedelt. Insbesondere die ältere Generation fand es äußerst schwierig, sich in der neuen Umgebung einzuleben, und dies wurde noch dadurch verstärkt, dass im Gefolge der Umsiedlung die alten Dorfgemeinschaften und häufig sogar Familien auseinandergerissen wurden. Dies begann bereits bei Beginn der Umsiedlung, da die Alten und Gebrechlichen wie auch viele Frauen mit Kindern mit LKWs oder Zügen ins Reich gebracht wurden, während die Männer die Reise häufig mit Pferd und Wagen unternehmen mussten. Nach der Ankunft und erfolgten Einbürgerung wurden viele Facharbeiter und Handwerker in die kriegswichtigen Betriebe geschickt, die über das ganze Reich verstreut waren. Überdies wurden die meisten jüngeren Männern sofort zur Wehrmacht bzw. zum Reichsarbeitsdienst einberufen und damit ihren Familien und alten sozialen Vernetzungen entzogen. Bemühungen der Umsiedlungämter, den Volksdeutschen Höfe und Gewerbebetriebe zuzuweisen, die in etwa dem entsprachen, was sie vor ihrer Umsiedlung besessen hatten, machte ebenfalls die geschlossene Ansiedlung alter Dorfgemeinschaften nahezu unmöglich. Während vieles zufällig bzw. durch die Notwendigkeiten bedingt war, stand dahinter auch eine bewusste Politik, die Umsiedler getrennt und aus ihren alten Netzwerken herausgebrochen anzusiedeln, denn man hoffte dadurch, zum einen mögliche Unzufrieden-

---

<sup>57</sup> So wollte Himmler Land für die Veteranen seiner Waffen-SS zurückhalten; KOEHL, RKFDV (wie Anm. 4), S. 74. Die Ungewissheit über die künftigen Eigentumsverhältnisse hielt jedoch nur die wenigsten Volksdeutschen davon ab, sich auf den zugewiesenen Hofstellen eine neue und auf Dauer angelegte Lebensgrundlage zu schaffen.

heit oder Proteste zu fragmentieren, und zum anderen darüber modellhaft ein neues homogenes deutsches Volk zu schaffen, dessen Kern die Volksdeutschen bilden sollten.

Für die Baltendeutschen war bereits im Oktober 1939 per Führer-Entscheid festgeschrieben worden,

„daß die Geschichte der Baltendeutschen Volksgruppe als solche abgeschlossen sei und die bisherige Baltendeutsche Volksgruppe als Ganzes einen neuen geschichtlichen Auftrag im Warthegau und in Danzig-Westpreußen zu erfüllen habe. [...] Ihr dürfe sich keiner aus individuellen Gründen entziehen.“<sup>58</sup>

Dies galt ebenso für die anderen Gruppen, die „heim ins Reich“ gebracht wurden. Die Umsiedlung war deshalb keine nur zeitweilige Evakuierung, wie manche Volksdeutsche 1939/40 noch gehofft hatten. Sie war aber auch nicht der Beginn eines neuen Abschnittes in der langen Geschichte ihrer spezifischen Bevölkerungsgruppen, sondern sie war der Beginn des Endes ihrer Existenz als spezifische deutsche Bevölkerungsgruppen mit eigenen Traditionen, Sitten und Gebräuchen. Der von ihnen zu erfüllende „neue geschichtliche Auftrag“ bestand darin, die annektierten Gebiete im Osten auf Dauer zu germanisieren. Wie sie jedoch schnell herausfanden, hieß Germanisierung nicht einfach nur Besiedlung. Der Warthegau war von den Nationalsozialisten nicht als neue Heimat für Baltendeutsche, Galizien-Deutsche oder Bessarabien-Deutsche vorgesehen, die ihre spezifischen Traditionen nur an einer neuen Stelle weiterführten, sondern sollte ein Modell für ein einheitliches homogenes deutsches Volk bilden, in dem kein Raum mehr für regionale Eigenarten, Sitten oder Gebräuche war. Aus diesem Grund war es auch untersagt, landsmannschaftliche Zusammenschlüsse zu bilden. Die Umsiedler wehrten sich gegen diese Maßnahmen in der Regel nur wenig, hatten allerdings auch kaum eine Wahl. Sie konnten die Ansiedlungsvorschläge, die ihnen gemacht wurden, zwar ablehnen, aber dies bedeutete eine Verlängerung des Aufenthaltes in den ohnehin überfüllten Lagern. Für die meisten war alles andere besser als dies.

Die Volksdeutschen – oder besser, die umgesiedelte deutschstämmige Bevölkerung – war als Gruppe weder allein Täter noch ausschließlich Opfer. Einige von ihnen waren persönlich stark an den begangenen Verbrechen beteiligt, andere weniger, aber als Gruppe waren sie letztlich vor allem Objekt der nationalsozialistischen Politik. Sie nahmen allerdings eine

---

<sup>58</sup> SD-Berichte zu Inlandsfragen vom 19. Juli 1943 (Blaue Serie), in: Meldungen aus dem Reich 1938–1945 (wie Anm. 33), Bd. 14, S. 5507. Dazu auch HANS RÖTHFELS, The Baltic Provinces. Some Historical Aspects and Perspectives, in: Journal of Central European Affairs 4 (1944), S. 117–146, hier S. 142.

sehr ambivalente Stellung ein – ein wenig vergleichbar dem, was Primo Levi, in einem ganz anderen Zusammenhang, benannt hat als

„eine Grauzone mit unscharfen Konturen, die die beiden Bereiche von Herren und Knechten voneinander trennt und zugleich miteinander verbindet. Sie [...] enthält in sich so viel, wie ausreicht, um unser Bedürfnis nach einem Urteil durcheinanderzubringen.“<sup>59</sup>

Oder in den Worten von Doris L. Bergen: „Ethnic Germans existed on the edge of the Nazi knife that separated privilege from penalty.“<sup>60</sup>

Die Zwangsumsiedlung der Volksdeutschen „heim ins Reich“ war Teil der von den Nationalsozialisten geplanten ethnographischen Neuordnung Europas und der Eroberung und Sicherung des „deutschen Lebensraumes“. Am Ende standen nur Verluste. Am größten waren selbstverständlich die Opfer der Millionen Menschen, die enteignet, vertrieben, ermordet wurden, um Platz für die Volksdeutschen zu schaffen. Aber auch die umgesiedelte deutschstämmige Bevölkerung gehörte letztlich als Bevölkerungsgruppe zu den Verlierern ebenso wie im weiteren Sinne das deutsche Kulturerbe insgesamt, da mit der Umsiedlung jahrhundertealte Traditionen und Gebräuche ausgelöscht wurden. Es dauerte Jahrzehnte, bis die Beziehungen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn wieder eine gewisse Normalität erreichten, und die früheren Siedlungsgebiete der Volksdeutschen verloren mit dem Exodus ihrer deutschstämmigen Bevölkerung, die über so viele Generationen zum Werden und Wachsen dieser Regionen beigetragen hatten, unwiederbringlich einen bedeutsamen Teil ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vielfalt.

---

<sup>59</sup> PRIMO LEVI, *Die Untergegangenen und die Geretteten*, München, Wien 1990, S. 33-68, hier S. 39.

<sup>60</sup> DORIS L. BERGEN, *Sex, Blood, and Vulnerability. Women Outsiders in German-Occupied Europe*, in: *Social Outsiders in Nazi Germany*, hg. v. ROBERT GELLATELY u. NATHAN STOLTZFUS, Princeton/N.J. 2001, S. 273-293, hier S. 274.

## Anhang

## „Heimführung“ der Volksdeutschen 1939–1941

Umsiedlungsvertrag mit	Datum des Vertrages	Umsiedlung aus	Zahl der umzusiedelnden Volksdeutschen
Estland	15. Oktober 1939	Estland	13.000
Italien	21. Oktober 1939	Südtirol	180.000
Lettland	30. Oktober 1939	Lettland	50.000
Sowjetunion	3. November 1939	Wolhynien (Ost-)Galizien Narew-Gebiet	65.000 55.000 8.000
Sowjetunion	5. September 1940	Bessarabien Nord-Bukowina	93.500 43.000
Rumänien	20. Oktober 1940	Süd-Bukowina Dobrudscha	52.000 15.000
Sowjetunion	10. Januar 1941	Litauen zweite Umsiedlungsaktion von Estland und Lettland	50.000 17.000*
			Gesamt: 541.500

(\* Die Volksdeutschen, die innerhalb dieses Umsiedlungsprogrammes nach Großdeutschland kamen, wurden automatisch als „Flüchtlinge“ und nicht als „Umsiedler“ kategorisiert und damit als „A“-Fälle behandelt.)

Zusammengestellt aus den Angaben in der vorliegenden (und für diesen Beitrag benutzten) Literatur. Die Zahlen in dieser Aufstellung stellen lediglich Annäherungen dar.